

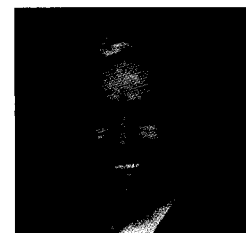


SPD • Rudolf Kujath • Blumberger Damm 158 • 12679 Berlin

Seniorenvertretung Marzahn-Hellersdorf

Wahlforum am Montag, 13. Juli 2009

Kulturforum Hellersdorf



**Rudolf
Kujath**

SPD-Bundestagskandidat
Marzahn-Hellersdorf

Ihr Kandidat
für die Bundestagswahl
am 27. September 2009

SPD-Kreisbüro
Blumberger Damm 158
12679 Berlin

Tel.: 030 99 40 10 15
Fax: 030 99 40 10 16

www.rudi-kujath.de
rudi@rudi-kujath.de

Wahlprüfsteine der Seniorenvertretung

1. Was wollen Sie für eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer sozialen Folgen tun?

- Konjunkturprogramme mit dem Ziel, Arbeitsplätze zu schaffen und zugleich öffentliche Infrastruktureinrichtungen (Schulen, Kitas, usw.) ökologisch zu sanieren. Mehr öffentliche Mittel für die Sanierung unserer Häuser und Straßen, aber auch für soziale Projekte im Bereich Jugend, Sport, Kultur und Senioren sind zur Verfügung zu stellen.
- Investitionen in Bildung, flächendeckende Einführung von Ganztagschulen und eine Reform des gesamten Bildungssystems sind die besten Voraussetzungen zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit durch mangelnde Qualifikation.
- Arbeit muss verstärkt altersgerecht organisiert (Arbeitsabläufe) und eine Flexibilisierung des Rentenalters durchgesetzt werden.
- Flächendeckende Einführung von Mindestlöhnen (7,50€).
- Gleiche Löhne für Frauen und Männer bei gleicher Arbeit.
- Öffentliche Aufträge sind zugunsten ortsansässiger Unternehmen zu vergeben.
- Einrichtung eines Entwicklungsgebietes in Marzahn-Hellersdorf nach dem Beispiel von Adlershof.
- Bau der Tangentialen Verbindung Ost (TVO).
- Die Wirtschaft ist für die Menschen da und nicht umgekehrt.

2. Wie wollen Sie den weiter gewachsenen Gegensatz von Arm und Reich abbauen?

- Keine weiteren Einschnitte in das soziale Netz. Armut verhindert Lebensqualität.
- Das zentrale Instrument ist eine Steuerreform mit stärkerer Belastung der Vermögenden. Hohe Einkommen, hohe Erbschaften und hohe Unternehmensgewinne sind stärker zu besteuern.
- Wer arbeitet, muss davon auch sich und seine Familie ernähren können.
- Der Grundfreibetrag muss soweit erhöht werden, dass ein Einkommen/Gehalt erst ab 12.000€ brutto im Jahr steuerpflichtig ist.
- Von der Kita bis zur Universität muss Bildung kostenlos sein.

3. Wie wollen Sie Erscheinungen wirtschaftlicher und sozialer Stagnation in Berlin und in den neuen Bundesländern überwinden?

- Zwanzig Jahre nach dem Fall der Mauer sind immer noch große Anstrengungen notwendig, gleichwertige Lebensverhältnisse in den Bundesländern zu schaffen. Dies gilt auch für Berlin. Unsere Verfassung schreibt vor, dass gleichwertige Lebensverhältnisse von der Politik zu realisieren sind.
- Das Stadtumbauprogramm Ost ist fortzuführen. EU-Mittel sind verstärkt in wirtschaftlich schwächere Regionen zu leiten.
- Unser Rentensystem muss auf einen Prüfstand gestellt werden, um dauerhaft mehr Gerechtigkeit zwischen Ost und West herbeizuführen. Zugleich ist zu verhindern, dass Altersarmut eine immer größere Rolle durch „gebrochene Erwerbsbiographien“ spielt. Eine Grundsicherung wird immer notwendiger.
- Härten bei der Überführung der DDR-Altersversorgung in das bundesrepublikanische Recht sind endlich auszugleichen. Verloren gegangene Rentenansprüche sind unter dem Aspekt der sozialen Gerechtigkeit erneut auf den Prüfstand zu stellen.

4. Wie wollen Sie eine zuverlässige Alterssicherung für heutige und kommende Rentner-Generationen sichern?

- Bei Einführung der Rente mit 67 wurde eine Überprüfungs Klausel beschlossen. Dadurch besteht im Jahr 2010 die Möglichkeit, die jetzige pauschale Regelung zugunsten von mehr Flexibilität abzulösen. Wer körperlich schwer arbeitet, muss ohne Abschläge früher in Rente gehen können. Wer kann und will, muss auch die Möglichkeit haben, länger zu arbeiten.
- Die gesetzliche Rente muss alle Berufsgruppen erfassen. Hier hat jeder einzuzahlen, und zwar entsprechend seinem Einkommen. Die Beitragsbemessungsgrenze ist aufzuheben.
- Ich unterstütze das von Bundesregierung und Bundestag verabschiedete Gesetz, Rentenkürzungen grundsätzlich auszuschließen.

ßen. Dies ist auch dann vernünftig, wenn künftige Rentensteigerungen dadurch weiter hinausgeschoben werden.

5. Was wollen Sie für eine bessere gesundheitliche Versorgung der Menschen tun?

- Das Zwei-Klassen-System im Gesundheitswesen mit Privatversicherten und Kassenpatienten halte ich für einen Skandal. Dessen Abschaffung ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.
- Der Fachärztemangel und die langen Wartezeiten für einen Termin beim Facharzt sind nicht akzeptabel. Auch hier bestehen bundesweit, aber auch innerhalb von Berlin, erhebliche Unterschiede in der Angebotsvielfalt und in der Vor-Ort-Versorgung.
- Alle Menschen sollen uneingeschränkten Zugang zu den Leistungen des Gesundheitswesens erhalten. Die SPD setzt sich für eine ganzheitliche, menschenwürdige Versorgung mit einheitlichen Standards ein.
- Der Gesundheitsfonds ist zweifellos ein Kompromiss zwischen völlig gegensätzlichen Vorstellungen zur Gesundheitspolitik. Die SPD ist für eine Bürgerversicherung.
- Der TÜV für Pflegeheime wird ausdrücklich begrüßt; der Aufbau der Pflegestützpunkte ist ein wichtiger Meilenstein für eine ganzheitliche Gesundheitsversorgung. Berlin ist Vorreiter und Vorbild durch die Arbeit der „Koordinierungsstellen Rund ums Alter“.

6. Erhalt von Selbständigkeit und Lebensqualität

- Auch ganz persönlich, durch meine derzeitige ehrenamtliche Geschäftsführertätigkeit bei SOPHIA, halte ich es für notwendig, den längeren Verbleib von älteren und körperlich beeinträchtigten Menschen in der eigenen Wohnung zu ermöglichen. Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften leisten hierbei Vorbildliches.
- Das Leben von Älteren wird durch Maßnahmen der Wohnungsunternehmen bis ins hohe Alter erleichtert. Das Bundesbauministerium bereitet derzeit ein Förderprogramm „Wohnen im Alter“ vor, mit dessen Hilfe die KfW Zuschüsse und Zinssubventionen für bauliche Anpassungsmaßnahmen bereitstellt. Dies schließt ein, Wohnungen für Demenzkranke oder Schlaganfallpatienten bzw. Wohngemeinschaften in vorhandenen Gebäuden einzurichten.
- Wer älter ist oder unter körperlichen Beeinträchtigungen leidet, darf deshalb nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Integration in das soziale Leben, die Schaffung von Nachbarschaften und Netzwerken ist unverzichtbar, jedoch nicht nur eine Aufgabe der Politik.
- Die vielen Angebote in unserem Bezirk bieten unterschiedliche Möglichkeiten. Wir sollten alle verstärkt hierfür werben und die Arbeit dieser Institutionen unterstützen und erleichtern.

- Die Verabschiedung der neuen Regelungen zur Patientenverfügung ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Selbstbestimmung bis ins hohe Alter.

7. Wie wollen Sie die Mitwirkung älterer Mitmenschen am politischen und gesellschaftlichen Leben fördern?

- Ehrenamtliche Arbeit ist stärker zu unterstützen. Beim Versicherungsschutz und bei den Regelungen für Aufwandsentschädigungen wurde in den letzten Jahren vieles verbessert, um ein stärkeres Engagement zu ermöglichen.
- Die künftige Arbeit der Freiwilligenagentur in Marzahn-Hellersdorf wird von mir sehr begrüßt und unterstützt.
- Nicht nur die Wohnung, auch das Wohnumfeld sind der demographischen Entwicklung anzupassen. Kulturellen und sportlichen Interessen müssen auch Ältere und Menschen mit körperlichen Einschränkungen nachgehen können. Ein diskriminierungsfreier Zugang zu den Leistungen der Gesellschaft (gerade auch der Medizin!) muss selbstverständlich sein.

8. Politische und gesellschaftliche Teilhabe

Die demographische Entwicklung bringt jetzt schon eine Umstrukturierung von Berufen mit sich. Für die Betreuung Pflegebedürftiger werden zunehmend Qualifizierungsmaßnahmen öffentlich unterstützt. Es ist davon auszugehen, dass in den nächsten Jahren unsere Gesellschaft eine zunehmend höhere Sensibilität für die Probleme älterer Mitbürger und deren soziale und gesellschaftliche Anliegen aufbringt.

Auch wenn Politiker vorgeben, alles oder zumindest vieles regeln zu können, verlangt die Ehrlichkeit den Hinweis, dass ohne die Unterstützung durch die eigene Familie, Nachbarn und die Menschen im unmittelbaren Umfeld Erleichterungen kaum möglich sind. Notwendig ist die Sensibilität für eine solidarische Gesellschaft.

Notwendig ist auch das eigene Beispiel, selber anzupacken und etwas zu bewegen!